

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Doris Bures
Parlament
1017 Wien

BMB-10.000/0360-Präs.3/2016

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr.11055/J-NR/2016 betreffend Kosten und personelle Aufwendungen des Bundesministeriums für Bildung für Social-Media-Auftritte der Bundesministerin Hammerschmid, die die Abg. Wendelin Mölzer, Kolleginnen und Kollegen am 1. Dezember 2016 an mich richteten, wird wie folgt beantwortet:

Zu Fragen 1 bis 8:

- *Welche sozialen Medien, neben Twitter und Facebook, nutzen Sie als Bundesministerin?*
- *Wie viele Personen hat Ihr Ressort für die Betreuung dieser abgestellt?*
- *Wie viele von den zuständigen Personen sind ausschließlich und wie viele sind teilweise mit der Veröffentlichung Ihrer Tätigkeiten auf den sozialen Medien zuständig?*
- *Wurden dafür eigene Planstellen geschaffen?*
- *Wie hoch sind die monatlichen Kosten für die Betreuung Ihrer sozialen Medien?*
- *Gibt es konkrete Dienstbeschreibungen und definierte Aufgabenbereiche sowie Leistungsanforderungen für diese Mitarbeiter?*
- *Wenn kein Beamter oder Vertragsbediensteter Ihres Ressorts dafür zuständig ist, werden den Personen, die Ihre sozialen Medien betreuen, Räumlichkeiten in Ihrem Ministerium zur Verfügung gestellt?*
- *Wenn ja, wird für diese private Nutzung der Räumlichkeiten Ihres Ministeriums Miete bezahlt?*

Um tagesaktuelle Informationen zu platzieren und in kontinuierlicher Verbindung mit den Stakeholdern, wie den Schülerinnen und Schülern, zu bleiben, wird in meiner Funktion als Bundesministerin für Bildung zum Stichtag der Anfragestellung ein Facebook-Kanal genutzt.

Die Betreuung dieses Facebook-Kanals wird von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Redaktionsteams im Bundesministerium besorgt. Dafür stehen rd. 0,4 VBÄ zur Verfügung, die im unterschiedlichen Ausmaß auf ein bis zwei Personen aufgeteilt sind. Diese Betreuung durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfolgt im Rahmen der Tätigkeiten in der entsprechenden Organisationseinheit. Besondere Planstellen wurden dafür nicht geschaffen. Die Kosten werden aus dem laufenden Personal- und Sachaufwand bedeckt.

Wien, 1. Februar 2017
Die Bundesministerin:

Dr.ⁱⁿ Sonja Hammerschmid eh.

